Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austrägerinnen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 267. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Donnerstag, den 17. November 1927**

Der Nichtwähler.

Er ist umworben wie eine schöne Frau, dieser Herr Nichtwähler; er ist auch so spröde wie eine schöne Frau. Bösartige Gemüter allerdings erklären ihn für einfach faul, und jedesmal, wenn die „Wahlmüdigkeit" — wie bei der Wahl am letzten Sonntag in Hessen — zur Massenerscheinung geworden und kaum die Hälfte der Wahlberechtigten „zur Wahlurne geschritten" ist, dann geht das große Rätselraten los, wie man dem Wähler den politischen Schlaf aus den Augen reiben soll. Darüber zerbrechen sich namentlich die nichtsozialistischen Parteien die Köpfe, weil sie die Hauptleidtragenden dabei sind. Denn das enge Zusammensein in der Fabrik, die Debattemöglichkeit und der Meinungsaustausch im Betrieb reizen die sozialistische Arbeiterschaft stärker zur Wahlbeteiligung als Kreise, die politisch auf einem anderen Boden stehen.

Gerade also die nichtsozialistischen Parteien setzen Himmel und Hölle in Bewegung, um den Wähler an die Wahlurne heranzubekommen. Der Nichtwähler weiß um alles Bescheid, Wahltermin und Wahllokal sind ihm bekannt, aber — er geht nicht hin. Am Sonntag blieben, wie gesagt, fast 50 Prozent der wahlberechtigten Hessen zu Hause oder gingen spazieren. Eigentlich ist es doch ein Skandal! Wenn im sog. Obrigkeitsstaat, in dem das Parlament nur beschränkte Rechte hat, viele Wähler der Wahlurne fernbleiben, so kann man dafür doch wenigstens ein paar, wenn auch nicht sehr gewichtige Entschuldigungsgründe anführen. Aber in einer reinen Demokratie, wo das Volk wenigstens letzten Endes die Entscheidung hat, müßte dieses doch so viel Verantwortlichkeitsgefühl aufbringen, um sein Wahlrecht als Wahlpflicht zu betrachten. Sollte es wirklich nötig sein, das Fernbleiben von der Wahl mit Strafe zu belegen, wie es schon vorgeschlagen ist? Im alten Athen wurde ja verbannt, wer in einem ausbrechenden Bürgerkrieg nicht sofort Partei ergriff; so schlimmes Schicksal braucht den ja nicht gleich zu treffen, der in der Wahl„schlacht" beiseitetritt. Aber derartige Vorschläge werfen doch ein nicht gerade schönes Licht auf die politische Reife eines Volkes.

„Ja, aber die Parteien . . .!" — Nun, jedes Volk hat doch die Parteien, die es selbst sich schuf. Außerdem haben wir so viele, daß für jedes politische Bedürfnis irgendeine da ist. Übrigens ist diese Überzahl keineswegs erfreulich und man weiß längst, wie schwer es dadurch gemacht wird, praktische Politik zu treiben. Aber um Gründe für sein Fernbleiben ist der Nichtwähler kaum verlegen; wenn nichts mehr gilt, dann erklärt er eben: „Ich wähle grundsätzlich nicht!" Dagegen ist natürlich nichts zu machen; denn wenn ein Mensch Grundsätze hat . . . Politische nun schon gar! Das hindert nämlich am allermeisten am Wählen, in Deutschland wenigstens, während der Franzose und der Engländer einfach fragt, was eine Partei geleistet oder nicht geleistet hat, und danach sein Wahlurteil fällt.

Man muß aber seufzend damit rechnen, daß die Krankheit der „Wahlmüdigkeit" nun einmal grassiert, und überlegt, wie man sie wenigstens mildern kann. Reform des Wahlrechts, kleine Wahlkreise und andere Vorschläge sind ja reichlich genug gemacht worden — aber das heißt doch nur, an den äußeren Symptomen der Krankheit herumzudoktern. Denn erst der Geist ist es, der die Buchstaben der Wahlordnungen lebendig macht, und jedes Wahlrecht hat seine guten Gründe und nicht minder gute Gegengründe. Ob ein neues Wahlrecht irgendeinen Nichtwähler von seinem sogenannten Entschluß abbringen könnte, das zu glauben, ist reichlich übertriebener Optimismus. Und: Reform der Parteien! Auch danach wird gerufen, aber den Nichtwähler kümmern die Parteien, die er alle verurteilt, ja überhaupt nicht. Nur hinterher, wenn nun irgend etwas geschieht, mit dem er nicht einverstanden ist oder das seine Wut erregt, dann schimpft er fürchterlich. Und hat doch gar kein Recht dazu, selbst wenn er noch so laut mit der Faust auf den Stammtisch haut.

Der Nichtwähler ist eine recht unerfreuliche politische Erscheinung; darin sind sich alle Parteien einig. Bloß es hat noch kein Mensch das Geheimmittel entdeckt, diese politische Krankheit aus der Welt zu schaffen.

Deutsch-polnischer Vertrag über Landarbeiter.

Endgültige Unterzeichnung am 21. November.

Zwischen der deutschen und der polnischen Regierung wurde in Berlin ein Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter vorläufig unterschrieben. Für die endgültige Unterzeichnung des Vertrages, die in Warschau stattfinden soll, ist der 21. November in Aussicht genommen. Die Verhandlungen haben fast drei Jahre gedauert. Sie wurden auf deutscher Seite vom Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Zechlin, Ministerialdirigenten Dr. Weigert und Ministerialrat Dr. Beiflegel vom Reichsarbeitsministerium, auf polnischer Seite von Dr. Pradzynski, Dr. Gwaronski, Direktor des Auswanderungsamtes in Warschau, und Emigrationsrat Dr. Dalbor geführt.

Gegenstand der Verhandlungen waren insbesondere Fragen der Anwerbung und Vermittlung sowie der sozialrechtlichen Verhältnisse solcher polnischer Arbeiter, die jährlich zur Arbeit in die deutsche Landwirtschaft kommen und über die Winterzeit wieder nach Polen zurückkehren.

Ferner werden auch die Verhältnisse derjenigen polnischen Landarbeiter geregelt, die sich seit mehreren Jahren in Deutschland befinden.

Diejenigen Arbeiter, die vor dem 1. Januar 1919 nach Deutschland gekommen sind, können in Deutschland verbleiben. Die später Gekommenen werden in den nächsten sechs Jahren wieder in die Wanderbewegung eingereiht. Zahlenmäßig ausgedrückt handelt es sich um etwa 20 000 Arbeiter, die auf Grund der neuen Abmachung sich dauernd in Deutschland aufhalten dürfen; etwa dieselbe Zahl wird sich wiederum der Wanderbewegung anschließen müssen. Die Arbeits- und Lohnbedingungen sind ebenfalls einer Regelung zugeführt worden. Die Anwerbung und Vermittlung der Arbeiter, die sich im Frühjahr vollzieht, wird in Zukunft in Polen selbst vorgenommen. Dabei wirken deutsche und polnische amtliche Stellen zusammen. Für den Transport werden besondere Transportzüge zusammengestellt und die Arbeiter nach Anweisung der Reichsarbeitsverwaltung auf die einzelnen Bezirke verteilt. Auch über die Frage des Arbeitsvertrages ist eine Regelung getroffen worden.

Stresemann für ein Weltlocarno

Für Abschaffung aller Paßvisa.

Anschließend an den Empfang der reichsdeutschen Kolonie in Wien fand ein Empfang der Vertreter der in- und ausländischen Presse statt, bei dem Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann ausführte, daß er sich über die Presseäußerungen, die an den reichsdeutschen Besuch in Wien anknüpfen, etwas verwundert habe. Eigentlich hätte er einen ganz anderen Kommentar erwartet, nämlich den, daß es auffällig sei, daß mehr als drei Jahre vergangen sind, seitdem der Reichskanzler und der Außenminister in Wien gewesen sind. Gerade Not, Drangsal und Trübnis haben das Gemeinschaftsgefühl nicht nur zwischen Österreich und Deutschland, sondern in allen Ländern hell entfacht. Deshalb ist es wohl selbstverständlich, daß die beiden Nachbarländer, die durch Sprache und Blutsgemeinschaft verbunden sind, auch die Beziehungen ihrer Regierungen pflegen. Es habe ihn sehr heiter gestimmt, zu lesen, daß der französisch-jugoslawische Vertrag die Deutschen nach Wien getrieben hätte und daß die Minister in überstürzter Weise abgereist wären. Man hat entdeckt, daß Deutschland schrittweise den Weg des Anschlusses geht und allerhand vorhätte, z. B. das Paßvisum zwischen Österreich und Deutschland abgeschafft habe. Er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß das

Paßvisum zwischen sämtlichen Ländern der Erde, je früher, desto besser, abgeschafft werde.

Menschen, die man nicht gern im Lande hat, kommen auch ohne Paß wieder.

Wenn weiterhin davon gesprochen wird, daß man an der Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Österreich arbeite, so weiß jedermann, daß österreichische und deutsche Parlamentarier sich darum bemühen, eine gemeinsame Grundlage für das neu zu schaffende Strafgesetzbuch zu finden. Es ist zu hoffen, daß dies nicht das einzige Gebiet bleibt, auf dem man sich über die Grenzen hinaus für gemeinsame Verständigung die Hand reicht.

Es sind, so fuhr Stresemann fort, zwei bedeutsame Reden von Briand und Baldwin in letzter Zeit gehalten worden. Beide Staatsmänner haben die große Bedeutung der Verträge hervorgehoben, die in den letzten Jahren zwischen den sogenannten Locarnomächten abgeschlossen worden sind, und sie gedachten dabei des Anteils, den Deutschland und seine verantwortlichen Staatsmänner an dieser Entwicklung genommen haben. Diese Ausführungen haben Deutschland mit Genugtuung erfüllt. Die Widerstände gegen die Locarnopolitik kamen von außen und von innen. Von außen kamen sie deshalb, weil es immer noch Gruppen von Menschen gibt, die die Kriegspsychose nicht überwinden. Für Deutschland ist der Gedanke, daß nur friedliche Entwicklung überhaupt die Möglichkeit einer Wiederaufrichtung der Stellung Europas gibt, eine Selbstverständlichkeit. Hinter dieser Politik steht eine so große Mehrheit des deutschen Volkes, daß diejenigen extremen Splitter von links und rechts, die sich ihr nicht anschließen, keine Bedeutung beanspruchen können. Es ist durch den Krieg ein solches Chaos geschaffen worden, daß diejenigen, die den Wiederaufstieg erringen wollen, alles tun müssen, damit nicht ein zweites Mal ein solches Chaos herbeigeführt werde.

Man hat in letzter Zeit dem Umstand einige Beachtung geschenkt, daß von der Möglichkeit einer Differenz bezüglich der Vereinbarungen gesprochen wurde, die mit dem Namen Dawes verknüpft sind. Bisher ist die feste Ordnung eines Reparationsplanes, wie er vereinbart wurde, eingehalten worden. Es ist die Absicht der Reichsregierung, an dieser Grundlage festzuhalten. Wenn einst eine Neuordnung der großen internationalen Finanzverpflichtungen eine Neuordnung auch der jetzigen Basis auf Grund weltwirtschaftlicher Erkenntnis bedingt, wird die Zeit gekommen sein, durch die Finanzfachverständigen der Welt zu prüfen, welche neue Form für die Lösung dieser Frage zu fordern sei.

Stresemann fuhr fort: Mit dem Flügelgeklapper über die Erfolge von Locarno ist es nicht getan. Aber wenn man nachdenken wollte, was mit dieser Etappe der Neuorientierung in Europa beabsichtigt war, könnte man auch zu dem Ergebnis kommen, daß beispielsweise mit einem ewigen Frieden am Rhein, mit der gegenseitigen Zusicherung, daß nie wieder der Kampf die Menschen an diesem Strom trennen werde, und damit, daß eine der größten Mächte der Welt die Verpflichtung übernommen hat, über diesen Frieden zu wachen, eine weitere Besetzung deutschen Bodens weder logisch noch moralisch vereinbar ist. Zur Organisierung des Friedens gehöre auch unzweifelhaft die

Bekämpfung der Organisierung des Krieges.

Daß auf dem Gebiete der Abrüstung diese Organisierung des Friedens bisher wenig Fortschritte gemacht hat, das ist das einzige, was den Pessimisten recht gibt. Der Mitarbeit der deutschen Regierung bei der Lösung all dieser Fragen können die anderen Völker versichert sein.

Wenn Locarno Symbol ist, Symbol für Ausschluß des Krieges und der Gewalt und daher Symbol für einen Wettstreit, der nur auf dem Gebiete der Kultur und der Emporentwicklung der Menschheit ausgefochten wird, dann ist zu wünschen, daß der gemeinsam betretene Weg zu einem Locarno aller Völker führen möge.

*

Briand über den Jugoslawienvertrag.

Der französische Minister des Äußern Briand hat vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten gesprochen. Er machte Angaben über den kürzlich abgeschlossenen französisch-südslawischen Vertrag. Dieses diplomatische Dokument gehöre zu einer Gesamtheit von Abmachungen, die im Rahmen und im Geiste des Völkerbundstatuts abgefaßt seien. Wie bei allen anderen Abkommen dieser Art, stehe es auch bei diesem Vertrag anderen Mächten frei, ihn ebenfalls zu unterzeichnen. Hoffentlich werde er dazu beitragen, in dem Teil Europas, für den er abgeschlossen sei, einen ähnlichen Zustand zu schaffen, wie er an anderen Stellen Europas durch die Abmachungen von Locarno geschaffen wäre. Der Vertrag sei gegen keine Macht gerichtet und habe kein anderes Ziel als die Festigung des Friedens.

Die Not der ostdeutschen Landwirtschaft.

Von der Tagung des Langnam-Vereins in Düsseldorf.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen (Langnam-Verein) hatte die Notlage Ostpreußens auf seiner Düsseldorfer Tagung zum Diskussionsgegenstand gewählt, weil auch im Westen des Reiches die Krisis der Ostmark deutlich zu spüren ist. Außerdem sollte hiermit die Verbundenheit des ganzen Reiches mit dem schwerleidenden Ostpreußen besonders betont werden. Generaldirektor Reusch von der Guten-Hoffnungshütte wies in der Eröffnungsaussprache darauf hin, daß Steuern und Abgaben der deutschen Wirtschaft von 5,3 Milliarden vor dem Kriege auf 18 Milliarden Mark im letzten Jahre gewachsen seien. Insofern könnte man von einer guten Konjunktur keinesfalls sprechen.

Als zweiter Redner referierte der bekannte Oberpräsident a. D. v. Batocki, der Organisator der Kriegsernährung, über die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Bedeutung der Landwirtschaft werde allgemein unterschätzt. Die Schwerindustrie schafft jährlich Werte von 4½ Milliarden Reichsmark, die Landwirtschaft aber von 13 Milliarden Mark. Der Bedarf der Landwirtschaft an Maschinen und Ersatzteilen beträgt nicht weniger als eine Milliarde Mark. Die notwendige Hilfe für die Landwirtschaft liege in der Errichtung des Schutzes der kleinen und mittleren Landwirte vor der polnischen Konkurrenz.

Sodann sprach der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Dr. Brandes. Er betonte, daß Polen einen Frachtenvorsprung für die Belieferung Deutschlands gewonnen habe, denn die Entfernung Berlins von der polnischen Grenze sei 275 Kilometer geringer als die von der ostpreußischen. Er forderte daher besondere Unterstützung dieser Provinz.

Ein neues Präsidentenattentat in Mexiko.

Präsident Calles unverletzt.

Auf den mexikanischen Präsidenten Calles ist nahe dem Chapultepecpalast in Mexiko-City ein Attentatsversuch gemacht worden, der mißglückte. Die Täter waren frühere Armeeoffiziere. Calles blieb unverletzt, nur sein Auto wurde durch Revolverschüsse beschädigt. Er hatte am Tage zuvor noch dem Expräsidenten Obregon gratuliert, weil das Attentat auf diesen mißlungen war.

Der frühere mexikanische Handelsminister Alession Robles ist unter dem Verdacht der Teilnahme an dem Attentat auf General Obregon verhaftet worden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF